

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

16 (28.4.1948)

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 16

Mannheim, 28. April 1948

Preis 15 Pfg.



Demokratische Volksfront ungeschlagen

Zum Ausgang der italienischen Wahlen — Volksfront mächtiger politischer Faktor

Zu den Endergebnissen der italienischen Wahlen ist als charakteristisch hervorzuheben, daß sich die Demokratische Volksfront als mächtiger politischer Faktor im ganzen Leben des Volkes behauptet hat.

Die sogenannte „Dritte Kraft“ erwies sich wieder einmal als das beste Instrument zur Stärkung der Reaktion und zur Schwächung der Kraft der Arbeiterklasse.

tische Freiheit der Wählermassen in einer brutalen Weise einzuschränken, wie sie noch kein Land in neuerer Zeit erlebt hat.

Als Punkte, die eine freie Aeußerung des politischen Willens der Wähler unmöglich machten, nannte Togliatti:

„Erstens hat es in der neuzeitlichen Geschichte nie zuvor in einem Lande eine so brutale Einmischung des Auslandes gegeben, um die Wähler in einer bestimmten Richtung zu beeinflussen.“

Zweitens gab es eine widerrechtliche Einmischung durch Massenbeeinflussung seitens des Klerus und aller kirchlichen Organisationen, was eine offene Verletzung unseres Wahlrechts und unserer Verfassung darstellte.

Drittens hat die Regierung im Bunde mit den Arbeitgebern durch Druck- und Einschüchterungsmittel verschiedene Art die Bevölkerung und die Arbeiterschaft beeinflusst.

Die reaktionäre Christlich-Demokratische Partei hat die Stimmen der Rechten aufgesogen. Es hat sich hier eine ganz ähnliche Entwicklung vollzogen, wie wir sie auch bei der Entwicklung des Nazismus in Deutschland verfolgen konnten.

Das klarste Ergebnis der Wahlen ist das Entstehen der beiden großen Blöcke im Lande, die etwa 80 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen.

Die Wahlen waren nicht frei

Der Generalsekretär der italienischen Kommunistischen Partei, Togliatti, erklärte: „Die italienischen Wahlen waren nicht frei.“

Zum 1. Mai 1948

Für Einheit und Frieden, Demokratie und Sozialismus!

In einem von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl unterzeichneten, vom 13. April datierten Aufruf des Zentralsekretariats der SED in Berlin zum 1. Mai heißt es:

Deutsche Werktätige in Stadt und Land!

Wieder rüsten wir zum Weltfeiertag der Arbeit, dem 1. Mai!

Fast drei Jahre sind nach dem Zusammenbruch des fluchwürdigen Hitlerregimes vergangen, seit fast drei Jahren schweigen die Kanonen und die Alarmsirenen.

Unsere Mailösung muß daher sein: Für die Einheit Deutschlands, für einen gerechten Frieden, für Verständigung und friedliche Zusammenarbeit der Völker!

Gegen die Versklavungspläne des Dollar-Imperialismus fordern wir die freie Entscheidung des deutschen Volkes, Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands! Am 1. Mai bekunden wir unseren unbeugsamen Willen für die Ziele des deutschen Volkskongresses, für Einheit und gerechten Frieden zu kämpfen.

Der 1. Mai ist der Auftakt für das Volksbegehren, Auftakt für die Einheit Deutschlands!

Drei Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitler-Deutschland sitzen im Westen und Süden Deutschlands die Junker und Monopolisten; die Nazis und Kriegsverbrecher bereits wieder in den entscheidenden Machtpositionen des Staates.

Darum unsere Mai-Lösung:

Für eine demokratische Bodenreform, für die Enteignung der Kriegsverbrecher und Monopolkapitalisten, für das demokratische Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft, für eine einheitliche Schulreform in ganz Deutschland.

Nur in der Ostzone wurden die Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Hier gibt es keine Junker und Monopolkapitalisten mehr.

Werktätige deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend! Die Feinde des Fortschritts und des Friedens versuchen, Zwiespalt in die Reihen des schaffenden Volkes zu säen.

In der Einheit liegt unsere Stärke.

Kampf überall für die Herstellung der Einheit der ganzen deutschen Arbeiterbewegung! Kämpft überall für eine einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung!

Deutsche Männer und Frauen!

Der 1. Mai ist seit Jahrzehnten der internationale Kampftag für Völkerbrüderung und Frieden, für Freiheit und Sozialismus!

Gegen die Versklavungspläne des Monopolkapitals!

Gegen Kriegshetze und Reaktion!

Gegen die Spalter von Frankfurt!

Für ein einheitliches demokratisches Deutschland!

Für Frieden und Völkerverständigung!

Für den Sozialismus!

Dieser Tag, ihr Herrn der Dividenden, er gehört dem Arbeitsmann allein, dieser brüderliche Tag ist sein, und er hält ihn fest in seinen Händen.

Bastelt eifrig neue Gängelbänder, träumt den alten Traum der Sklaverei —

in die Zukunft weist der 1. Mai, und ihr streicht ihn nicht mehr vom Kalender.

Werft euch unsern Rädern in die Speichen,

rückwärts rollt die Weltgeschichte nicht, Sozialismus bleibt das große Licht, hohe Hoffnung, Heimat ohnegleichen.

Ueber Meere, über Kontinente leuchtet rot derselbe Feiertag, bindet wie in einem Herzensschlag Menschen, die der halbe Erdkreis trennte.

Der Verfälscher aller Kostbarkeiten hat durch Jahre unser Fest entweiht, doch vorbei ist seine trübe Zeit, und wir können wieder vorwärts schreiten.

Vorwärts! Unsre Fahnen wehen Frieden, vorwärts, vorwärts auf der steilen Bahn!

Auf den Trümmern dieses Scharlatans wollen wir das Land der Freiheit schmieden.

Horst Lommer

Wenn zwei dasselbe tun

In Straubing wurde Richard Scheringer wegen Fragebogenfälschung vom amerikanischen Militärgericht zu 500 RM Geldstrafe verurteilt.

In Mannheim wurde der Arbeitsamtsdirektor Kuhn von der Anklage der Fragebogenfälschung vom Militärgericht freigesprochen.

Richard Scheringer stand im Jahre 1930 der Nazibewegung nahe. Als Reichswehroffizier durfte er jedoch nicht Mitglied sein und wurde ohne sein Wissen von der Parteileitung als Mitglied geführt.

Nach den Unterlagen der Dokumentenzentrale wurde er ausgerechnet von diesem Zeitpunkt an als Mitglied der NSDAP geführt.

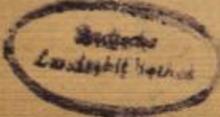
Richard Scheringer ist heute führendes Mitglied der Kommunistischen Partei.

Wenn zwei dasselbe tun — Was dann heute geschieht, erinnert peinlich an die Praxis, die sich zynisch hinter dem Spruch verbarg.

Die Maifeier

bleibt der weltumspannende Regenbogen der proletarischen Völkerbrüderung, durch dessen leuchtende Ffalte die große Armee der Ausgebeuteten und Unterdrückten in eine bessere Gesellschaftsordnung schreiten wird.

Rosa Luxemburg



„Rußlands Armee — die beste in der Welt“

Bemerkenswerte Ausführungen des amerikanischen „Armored Cavalry Journal“

(AP 2. 10.) Das „Armored Cavalry Journal“ erklärte in einem Artikel, daß „Rußland wahrscheinlich ganz Westeuropa trotz des Widerstandes der augenblicklich in Europa stehenden amerikanischen, britischen und französischen Truppen in etwa 48 Stunden besetzen könnte.“

Major Hal D. Steward, einer der Herausgeber des Blattes, erklärte dazu: „Dies ist möglich infolge des hohen Standes der Ausbildung und Ausrüstung, der in der russischen Armee seit dem Ende des zweiten Weltkrieges erhalten wird. Die russische Armee gilt heute als die bestausgebildete und für einen wirklichen Kampf am besten vorbereitete von allen Armeen der Welt.“

Bizonenchef ausgepiffen

(EB) Als während eines Fußballkampfes in Köln bekanntgegeben wurde, daß sich unter den Zuschauern der Chef des bizonischen Verwaltungsrates in Frankfurt a. M., Dr. Pünder, befände, ertönten aus den Reihen der 60 000 Zuschauer stürmische Pfuirufe und ein Pfeifkonzert.

Berufsoffiziere und Pensionen

Der Abgeordnete Robert Leibbrandt (KPD) erklärte im württembergisch-badischen Landtag in bezug auf die Pensionsansprüche der Berufsoffiziere: „Wir glauben, daß diejenigen, die jahrelang draußen als Soldaten im Dreck gelegen haben, dann zumindest den gleichen Anspruch haben wie der, der mitten im Frieden sich den Soldatenberuf ausgewählt hat.“

Amerikanische Zeitung verboten

Von der in New York erscheinenden fortschrittlichen Zeitung „German American“ erhielten wir folgende Zuschrift:

Wir bedauern, Ihnen heute mitteilen zu müssen, daß wir die Zustellung unserer Zeitung in die britische und amerikanische Besatzungszone Deutschlands bis auf weiteres einstellen müssen, da die Militärregierung den „German American“ unter Ausnutzung der Allied Control Authority Directive 40, nach Deutschland unter Bann gestellt hat.

Wir bedauern außerordentlich, unsere Leser in den Westzonen Deutschlands unter diesen Bedingungen momentan nicht mit unserer Zeitung beliefern zu können. Wir haben bereits Schritte eingeleitet, um diesen Befehl, wenn möglich, rückgängig zu machen und hoffen, daß wir in kurzer Zeit wieder in der Lage sein werden, Ihnen den „German American“ zuzustellen. In der Zwischenzeit versichern wir Ihnen, daß wir uns weiterhin für ein einiges demokratisches Deutschland und für die Erhaltung des Friedens einsetzen werden.

Was bedeutet der Marshall-Plan?

Bei dem Propagandarummel des Marshallplanes handelt es sich nicht um eine Hilfe für Westdeutschland, sondern

um den Absatz amerikanischer Waren zu hohen Dollarpreisen, um die Ausnutzung der Steinkohle des Ruhrgebietes für die Beherrschung Westeuropas,

um die deutsche Konkurrenz auszuschalten und vor allem die Entwicklung der deutschen Qualitätsindustrie zu verhindern,

um die zunehmende Verschuldung Westdeutschlands und seine Verwandlung in eine Halbkolonie der USA,

um Westdeutschland zur Basis für den Kampf gegen die demokratischen Kräfte auszubauen.

(Aus der Rede Walter Ulbrichts auf dem II. Deutschen Volkstagskongress).

Betriebsarbeiter — Achtung!

Alle Betriebs-Funktionäre von Nordbaden machen wir auf die am Samstag, den 8. Mai, vorm. 10 Uhr in Karlsruhe im „Elefant“, Kaiserstr. 42, stattfindende

Betriebs-Funktionärkonferenz für Nordbaden aufmerksam.

Es müssen alle Orts- und Betriebsgruppen vertreten sein.

8. Interzonenkonferenz in Heidelberg

Hauptgegenstand: Deutsche Gewerkschaftseinheit
Torpedierungs- und Spaltungsversuche

(EB) Die 7. Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften in Dresden beschloß, einem Arbeitsausschuß die Vorarbeiten für die Schaffung des Zentralrates der Gewerkschaften und die Ausarbeitung von Grundsätzen und Aufgaben zur Vereinigung der deutschen Gewerkschaften zu übertragen. Die Verwirklichung der deutschen Gewerkschaftseinheit als Voraussetzung für die Aufnahme in den Weltgewerkschaftsbund — das ist die vorrangigste Aufgabe, vor der die Gewerkschaften stehen. So beschloß denn auch die Konferenz in Dresden unter Zustimmung aller Delegierten, als ersten Punkt auf die vorläufige Tagesordnung der 8. Interzonenkonferenz, die vom 12. bis 14. Mai in Heidelberg stattfindet, den Bericht des Arbeitsausschusses über seine Arbeiten zu setzen.

Lorenz Hagen, der erste Vorsitzende des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, schlägt nun in einem Schreiben vom 14. April d. J. unter Ignorierung der festgesetzten Tagesordnung eine völlig andere Tagesordnung vor, für die er lediglich Referenten der amerikanischen Zone benennt und nach der als erster und damit Hauptpunkt behandelt werden soll: der Marshallplan.

Zu den Vorschlägen für eine neue Tagesordnung darf daran erinnert

werden, daß nach einer selbst gegebenen Geschäftsordnung der Interzonenkonferenz die jeweils vorhergehende Konferenz die Tagesordnung festsetzt. Dies ist auch ordnungsgemäß von der Interzonenkonferenz in Dresden durchgeführt worden. Nur die Interzonenkonferenzen selbst sind befugt, sich eine neue Tagesordnung zu geben. Es war bisher nicht üblich, daß die mit der Durchführung der Interzonenkonferenz beauftragte Zonenorganisation eine neue Tagesordnung vorschlägt, und noch weniger, für diese Tagesordnungspunkte auch schon die Referenten zu benennen.

Trotz der verschiedenen Beurteilung des Marshallplanes und der Ablehnung, den dieser nicht nur vom FDGB der sowjetischen Zone und Groß-Berlins, sondern auch beispielsweise vom Gewerkschaftsbund Baden (französische Zone) und von dem größten Teil der Gewerkschaftsfunktionäre in allen Zonen erfährt, muß doch der Wille zur Zusammenarbeit aller deutschen Gewerkschaften im Vordergrund stehen. Nicht der Marshallplan, sondern die beschleunigte Verwirklichung der deutschen Gewerkschaftseinheit ist die wichtigste Aufgabe der deutschen Gewerkschaften, und dies muß auch in der Tagesordnung der 8. Interzonenkonferenz in Heidelberg eindeutig zum Ausdruck kommen.

Kommunisten und Polizei

Neuer Abschnitt des antidemokratischen Feldzugs

Einem Bericht der Frankfurter Zeitung zufolge meldet der Korrespondent der „New York Herald Tribune“ aus Frankfurt, daß General Hays am 8. April die leitenden Beamten der US-Zone aufforderte, alle Kommunisten aus der Polizei auszuschließen. Obwohl diese Meldung inzwischen dementiert wurde — bezeichnenderweise nicht in der gleichen sensationellen, sondern in ganz bescheidener Aufmachung —, so hat sie doch ihre Wirkung getan. Nur ein kleiner Teil von denen, welche die Meldung lasen, haben auch das Dementi beachtet. Ganz zu schweigen von denen, welche die Mitteilung auf mündlichem Wege erhielten. Die Nazis aber, die Militäristen und Reaktionäre aller Schattierungen mit und ohne Parteibuch, von denen es in der Polizei leider recht viele gibt, verließen ihrer Befriedigung, wie wir zufällig im Mannheimer Polizeipräsidium feststellen konnten, bereits unverhohlenen Ausdruck.

Die Kommunistenhetze steigert sich zur Verfolgung! Inquisitorischer Gewissenszwang unter dem Banner der Freiheit der Persönlichkeit und der

Freiheit der Meinung! Das Verlangen des Mannheimer Stadtrates Kuhn, des Fraktionsvorsitzenden der CDU, die Kommunisten von der verantwortlichen Mitarbeit in der Stadtverwaltung entgegen allen Gesetzen der Demokratie auszuschließen, liegt auf derselben Linie. Diebe rennen im Lande umher und schreien: Haltet den Dieb! Antidemokratische Diktatoren bezichtigen Menschen autoritärer Bestrebungen, deren politische Vergangenheit, wie selbst der Korrespondent der amerikanischen Zeitung zugeben muß, „wie zum Beispiel der Konzentrationslagerinsassen, der sauberste und offenbarste Beweis für antinazistische Einstellung“ ist, die Kommunisten, außer denen „erprobte antinazistische Deutsche in jenen frühen Nachkriegsjahren schwer zu finden waren.“ — Die Meldung wurde dementiert, aber schon ist man eifrig am Werk, die schwarzen, besser gesagt „roten“ Listen zusammenzustellen und dem letzten Schrei im antidemokratischen Feldzug gegen die Freiheit Folge zu leisten.

Schrottmangel und Schrottexport

1,2 Millionen Tonnen Schrott darf Deutschland im Rahmen des Marshallplanes abgeben

In den Lagern an Rhein und Ruhr wird gegenwärtig Schrott sortiert, guter Stahlschrott für den Export, das geringwertige Gußeisen und Gußstahl für den Inlandsverbrauch. Die deutsche Eisen- und Stahlerzeugung hat noch lange nicht den geplanten Stand von 6 Millionen Tonnen erreicht, der eine eigene Aufbringung von Schrott in Höhe von 150 000 Tonnen monatlich, das sind 1,8 Millionen Tonnen jährlich, erfordert. Bisher konnte der Schrotthandel nur 60- bis 70 000 Tonnen aufbringen. Während die Bizone trotz größter Schwierigkeiten in der Schrottaufbringung und eines eingehen Bedarfs von 1,8 Millionen Tonnen jährlich 1,2 Millionen Tonnen abgeben muß, sieht der sogenannte Aufbauplan 1948/49 die Einfuhr von Stahl und Eisen im Werte von 60 Millionen Dollar und für Kohle von 6 Millionen Dollar vor. Die eingeführte Kohle wird zum großen Teil zur Aufbereitung der eisenarmen Erze, die wir in Deutschland haben, benötigt. Die Unsinnigkeit dieser Art von „Planung“ wird noch offensichtlicher, wenn man bedenkt, daß der Schrott, den wir ausführen müssen, ja bereits fertiges Eisen ist, und daß somit Schrottexport auch zugleich zusätzlicher Kohlenexport ist. Um das Bild abzurunden, soll getreu der Devise „teile und herrsche“ ein Teil der aus dem Schrottverkauf er-

zielten Beträge für zusätzliche Lebensmittel für die Arbeiter der Schrottindustrie, d. h. praktisch zu deren Ausspielung gegen andere Arbeiter, Verwendung finden.

Teure Saatkartoffeln für Kleingärtner

Die Kleingärtner erhielten amerikanische Saatkartoffeln zugeteilt zu dem horrenden Preis von 15 Pfg. pro Pfund. Mehr noch als der Preis hat aber die Bestimmung, daß diese Kartoffeln in dreifacher Menge im Herbst wieder zurückerstattet werden müssen, Empörung hervorgerufen. Es ist beabsichtigt, sie einfach den Kleingärtnern an den Einkellerungskartoffeln abzuziehen. Ungewiß ist, wie die Ernte ausfällt, aber im allgemeinen ist der Kleingärtner wenig für den Kartoffelanbau geeignet. Vielfach kultiviert der Kleingärtner sehr geringen Boden und nur die blanke Not ist es, die ihn veranlaßt, sich ein paar zusätzliche Kartoffeln für seine Familie im Kleingarten zu pflanzen. Es gehört schon der unsoziale Geist unserer Landwirtschaftsverwaltung dazu, hier noch etwas abzwicken zu wollen. Die Aufgabe der Kleingartenvereine muß es sein, hier zur gegebenen Zeit ihr Veto einzulegen und diese Ausbeutung der Kleingärtner zu verhindern.

Unter der Lupe

„Mein Neffe ist der Schwager Adolf Hitlers“

So prahlte in den letzten Jahren des tausendjährigen Reiches Herr Johann Christof Schott, Mannheim, Uhlandstraße. Bei den Motorenwerken Mannheim war er vor 1933 wegen übler Machenschaften hinausgeflogen, wurde aber nach der Mächterschleichen durch seinen „hohen Verwandten“ von der Direktion der MWM wieder in Gnaden aufgenommen. Sein seinerzeitiger Hinauswurf wurde jetzt als politischer Racheakt der Roten hingestellt und Schott machte, der Zeit entsprechend, nun 100prozentig in Nazismus.

Ein feiger, brutaler Schläger, mißhandelte, schlug und folterte er ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene, die unter seinem Kommando bei den MWM Sklavenarbeit verrichten mußten.

Natürlich setzte er sich 1945 in den Odenwald ab und kehrte erst dann wieder zurück, als ihm seine Tochter für ein Schäferstündchen bei einem einflußreichen Manne aus dem Lande der vielen Autos und des Kaugummis einen „Freibrief“ eingehandelt hatte. Bei der Vermittlung dieses Geschäfts war die in Mannheim nicht unbekannt Miß Jabs, deren antidemokratische Tätigkeit schon viel Staub aufgewirbelt hat, nicht unbeteiligt.

Im Besitz des Freibriefes verließ der Unmensch, nach sorgfältigen Vorbereitungen, wie Tarnung und Irreführungsversuche der Behörden, bei Nacht und Nebel mit Sack und Pack mit Kind und Kegel (zwei Waggon waren dafür notwendig) die Stätte seiner Untaten und heute sitzt er dort, wo Milch und Honig fließt. In Lippen/Ems lebt er in Saus und Braus und lacht sich ins Fäustchen. Wahrscheinlich sitzt er irgendwo dort im Landratsamt, vielleicht beim Flüchtlingskommissar und entsprechend seiner Korruptheit nicht schlecht.

Was tat die Staatsanwaltschaft in Mannheim? Was tat die Spruchkammer? Weiß man dort wirklich nichts von diesem Hauptschuldigen und Kriegsverbrecher? Uns dünkt, Informationen sind dort genügend eingelaufen. Wird der Pg. Schott für immer „durch die Lappen“ gegangen sein? Die Entnazifizierung ist doch angeblich zu Ende.

Tauschgeschäfte mit Holz

(EB) Verschiedene Personen, die in Tauberbischofsheim 7 Ster Holz erhielten, obwohl sie nur 1 Ster zu beanspruchen hatten, haben damit bei den Bauern in Großbrinderfeld einträgliche Tauschgeschäfte gemacht.

Warum wird an einzelne Personen soviel Holz ausgegeben, daß sie damit Schwarzhandel treiben können, während andere Leute in Tauberbischofsheim noch nicht einmal einen Ster erhielten.

Frisch auf zum fröhlichen Jagen

Durch die Wälder, durch die Auen der Gemeinde Bad Wimpfen werden in diesem Jahr zwei ehemalige Nazis streifen, denen der Bürgermeister und der Gemeinderat in nicht-öffentlicher Sitzung die Gemeindegagd zugesprochen hat. Wie uns berichtet wird, ist der eine der Pächter ein Herr Georg von Langen, der während der Nazizeit mit seinen polnischen Arbeitern durchaus nicht in zärtlicher Weise umgegangen ist. Aber gänzlich unverständlich wird diese nichtöffentliche Entschlebung wenn man erfährt, daß die Bewerbung eines politisch Verfolgten (VVN-Ausweis Nr. 10 377), der seit 1930 ununterbrochen die Jagd in Wimpfen inne hatte und der rechtzeitig vor dem Vergebungstermin durch die Betreuungsstelle der VVN Sinsheim sich um die Zuteilung bewarb, zurückgewiesen würde, zugunsten der beiden braunen Jäger. Wie in dem durch uns kürzlich berichteten Fall der Gemeinde Schlierstadt, Kr. Buchen, glauben wir, daß es auch dem Gemeinderat von Wimpfen schwer fallen wird, hierfür eine einigermaßen stichhaltige Begründung nachzuweisen.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber. Mannheim Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 29 000.